

## **Europas Kriege: Die Ukraine an der Frontlinie der friedlichen Einheit**

**Article by Vasyi Cherepanyn**

February 6, 2025

Könnte die EU-Erweiterung in Verbindung mit der Anerkennung ihres imperialistischen Erbes und der Einführung einer europaweiten gemeinsamen Staatsbürgerschaft den streitenden Nationalstaaten ein Ende setzen?

Die Erweiterung der Europäischen Union ist im Jahr 2022 wieder am geopolitischen Horizont aufgetaucht. Der Beitritt aufstrebender Länder stand wieder auf der Tagesordnung, als Russland seinen Krieg gegen die Ukraine eskalierte. Die militärischen Angriffe auf den ukrainischen Staat bedrohten auch ein geeintes Europa, und Kriegsverletzungen lassen ein Gefühl der Dringlichkeit, aber auch Trugbilder entstehen, die den unerträglichen Schmerz lindern sollen.

Seitdem haben sich verschiedene andere internationale Konflikte auf die östlichen und südlichen Gebiete der EU ausgewirkt. Von der militärischen Besetzung des von Armenien kontrollierten Bergkarabach durch Aserbaidschan bis hin zu den erneuten Spannungen zwischen Serbien und dem Kosovo, den Umstürzen in der Sahelzone und einem umfassenden israelischpalästinensischen Krieg: Diese unterschiedlichen bewaffneten Auseinandersetzungen haben die EU im vergangenen Jahr regelrecht eingekreist. Diese zahlreichen Kriege haben bereits bestehende Spannungen aufgenommen und neue hervorgebracht.

Während einige westliche Stimmen behaupten, die Ukraine sei nicht dankbar genug für die Unterstützung, die sie erhalten hat, um sich zu schützen und die Angreifer abzuwehren, ist genau das Gegenteil der Fall. Der ukrainische Widerstand hat die russische Aggression bisher innerhalb seiner Grenzen eingedämmt, so dass die EU-Länder weiterhin in Frieden leben können. Auf politischer Ebene war die Selbstverteidigung der Ukraine für die europäische Einigung von großem Vorteil.

Im Vorfeld entscheidender Wahlen erlebt die EU sowohl im Innern als auch weltweit einen Aufschwung der extremen Rechten. Das Wiederaufleben des Faschismus zeichnet sich ab und bedroht das Überleben des vereinten Europas. In dieser Situation sollte die Erweiterungspolitik als Mittel zur Erhaltung des Projekts EU betrachtet werden. Wenn man die Erweiterung nicht nur als technokratisches Verfahren mit einer Reihe von institutionellen Anforderungen (die zwangsläufig ebenfalls erforderlich sein werden), sondern auch als Prozess der Neugründung Europas, wird sie dafür sorgen, dass die EU sich das zu eigen macht, woran es ihr in ihrer jetzigen Form mangelt.

Das größte und schwierigste Problem der EU ist ihre Gründung als Reaktion auf den Krieg. Konzipiert als vereinigendes Nachkriegsprojekt, um Tony Judts berühmte Beschreibung aufzugreifen, hat sich die EU das „nie wieder“ zum Leitprinzip gemacht. Doch im Gegensatz zur universellen Anziehungskraft von Käthe Kollwitz' Kunstwerk über die menschliche Verfassung im Krieg geht die EU in der Praxis davon aus, dass „es uns nie wieder passieren sollte.“ Solche Anfänge haben einen reaktiven Modus Operandi innerhalb der EU-Politik definiert, der nicht in der Lage ist, vorausschauend zu handeln, ständig zu spät kommt und kaum mit den tatsächlichen Entwicklungen Schritt hält.

Die EU steht vor einem militärischen Dilemma Sie hat keine Erfahrung damit, ohne die NATO – mit

anderen Worten, also die USA – und ihren nuklearen Schutzschirm zu existieren, und doch besteht ihre dringendste Aufgabe darin, eine funktionierende erweiterte Union zu ermöglichen und ein Nachkriegsprojekt in ein „Vorkriegsprojekt“ zu verwandeln. Bis heute ist es ihr nicht gelungen, einen proaktiven und effizienten Mechanismus zu entwickeln, der Kriege nicht nur innerhalb, sondern auch jenseits ihrer Grenzen verhindern kann, wo immer eine erneuerte EU die Hand ausstrecken und politischen Druck ausüben könnte. Der bewaffnete Kampf in der Nachbarschaft ist eine Garantie für politische Risse im Innern, und wenn Russlands Kriegsführung nicht durch internationale Bemühungen unterbrochen wird, werden sich die heutigen liberalen politischen Kräfte in ganz Europa schon bald in einer tiefen Opposition wiederfinden und darüber nachdenken, wie großartig die Idee eines vereinten Europas gewesen ist.

Die zweite für die Zukunft Europas entscheidende Frage ist die Bewältigung der imperialen Vergangenheit und ihrer anhaltenden Hinterlassenschaften. Die EU muss aufhören, so zu tun, als sei sie eine Koalition von Nationalstaaten, die sich in gegenseitigem Einvernehmen zur friedlichen Zusammenarbeit zusammengefunden haben. Stattdessen muss sie anerkennen, dass ein geeintes Europa seinem Wesen nach ein post-imperiales Projekt ist, das erst nach dem Untergang der europäischen Imperien möglich wurde. Bislang ist die EU den Kolonialismus nur auf unverfänglichem Terrain, durch Kultur und Kunst, behutsam angegangen. Während der Rest der Welt, insbesondere der so genannte Globale Süden, Europa in erster Linie und zwangsläufig durch eine postkoloniale Linse betrachtet, ist das Thema nicht ernsthaft in die interne Realpolitik eingeflossen.

Die Anerkennung der EU als eine Entität mit imperialistischem Erbe ist auch im Falle Russlands sehr aufschlussreich – nur die militärische Niederlage des Imperiums und sein anschließender Zusammenbruch können einen progressiven postimperialen Wandel bewirken. Außerdem vereint die Union sowohl ehemalige Imperien als auch kolonisierte Länder, von denen einige eine verwobene Geschichte haben. Diese grundlegende Dimension des Erbes der EU wird bei einer Erweiterung nach Osten und Süden noch mehr an Bedeutung gewinnen, da ihre historische Tiefe zunehmen wird. Eine gründliche Auseinandersetzung mit dem nicht ausgemerzten Kolonialismus ist ein zuverlässiges Mittel für ehrenvolle Beziehungen und eine wirksame Interdependenz in der Zukunft.

Eine dritte Voraussetzung für die Verwirklichung des europäischen Projekts betrifft die Staatsbürgerschaft. Damit ein erneuertes, erweitertes EU-Modell die neuen globalen Herausforderungen bewältigen kann, muss seine rechtliche Grundlage überarbeitet und auf einer gesamteuropäischen Basis bekräftigt werden. Die Einführung einer gemeinsamen europäischen Staatsbürgerschaft würde die erste internationale Demokratie der Geschichte schaffen und die Grenzen der Nationalstaaten überwinden.

Durch das Fehlen einer Perspektive für die gemeinsame Staatsbürgerschaft war das historische Scheitern der europäischen Verfassung vor fast zwanzig Jahren vorprogrammiert. Wenn ein Gemeinwesen darauf abzielt, demokratische Macht über bestimmte Gebiete zu konstituieren, müssen die Menschen überall gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger bezeichnet werden – civitas oder die Regierungspolitik sollte mit civitas oder der durch das Gesetz vereinten Bürgerschaft Hand in Hand gehen. Die Einführung einer gemeinsamen europäischen Staatsbürgerschaft für Völker unterschiedlicher Herkunft aus verschiedenen europäischen Ländern wäre nicht nur ein revolutionärer Moment der EU-Erweiterung, der den gesamten Kontinent verändern würde, sondern auch ein entscheidender Schritt, um der Kriegslogik, die Osteuropa allmählich absorbiert, ein wirkliches Ende zu setzen.

Da der Grundsatz „nie“ unwiederbringlich verloren ist, könnte dies die einzige Möglichkeit für Europa sein, die immer wiederkehrenden Kriege zu beenden.



Vasyl Cherepanyn is Head of the Visual Culture Research Center (VCRC) in Kyiv. The centre is the organiser of the Kyiv Biennial and a founding member of the East Europe Biennial Alliance. He has lectured at the University of Kyiv-Mohyla Academy, European University Viadrina in Frankfurt (Oder), University of Helsinki, Free University of Berlin, and the Institute for Advanced Studies of the Political Critique in Warsaw, among others.

Published February 6, 2025

Article in German

Translation available in English, Polish

Published in the *Green European Journal*

Downloaded from <https://www.greeneuropeanjournal.eu/europas-kriege-die-ukraine-an-der-frontlinie-der-friedlichen-einheit/>

*The Green European Journal offers analysis on current affairs, political ecology and the struggle for an alternative Europe. In print and online, the journal works to create an inclusive, multilingual and independent media space. Sign up to the newsletter to receive our monthly Editor's Picks.*